

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Globale Fragen

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Enno Harks / Andreas Pointvogl

Deutschlands Energieversorgungs- sicherheit im Schatten europäischer Energienmärkte

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden.

Kritische Kommentare sind den Autoren in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier FG 8, 2007/Nr. 5, April 2007
SWP Berlin

Deutschlands Energieversorgungssicherheit im Schatten europäischer Energiemärkte

Der Beginn des Jahres 2007 stand im Zeichen der Energiepolitik und der damit verbundenen Frage nach Energieversorgungssicherheit. Die wichtigsten Ereignisse im europäischen Kontext waren die Veröffentlichung des bis dato umfangreichsten energiepolitischen Paketes der Europäischen Kommission sowie das Treffen des Europäischen Rates am 8. und 9. März in Brüssel, welches einen ambitionierten Aktionsplan für die gemeinsame Energiepolitik der Union beschlossen hat. Darüber hinaus sahen sich die betriebswirtschaftlichen Akteure auf den europäischen Energiemärkten in den letzten Monaten einem verstärkten staatlichen Eingriff ausgesetzt. Diese Ereignisse dürften eine nachhaltige Wirkung auf die Ziele und Methoden deutscher Energiepolitik haben.

Erneut hat ein Jahresbeginn Europas Importabhängigkeit aufgezeigt (Konflikt um Transit- und Gaspreise zwischen Russland und Weißrussland), und erneut wurde der Ruf nach mehr Diversifizierung von Rohstoffen und Energielieferanten zur Promotion der Energieversorgungssicherheit laut. Die Europäische Kommission hat dazu am 10. Januar 2007 ein ebenso ambitioniertes wie umfangreiches Energiepaket vorgelegt. Darüber hinaus wurde der Abschlussbericht zur Untersuchung der Gas- und Elektrizitätssektoren bezüglich des Standes der Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes von den europäischen Wettbewerbs- und Energiekommissaren Kroes und Piebalgs vorgestellt. Das Treffen des Europäischen Rates hat Konsequenzen daraus gezogen, und einen Aktionsplan zur weiteren energiepolitischen Integration, zur Promotion des Wettbewerbs auf den Energiemärkten und der damit verbundenen Förderung der Energieversorgungssicherheit vorgestellt.

Die beiden erstgenannten Veröffentlichungen, stellen zwar eine kritische Betrachtung der Erfolge bei der Liberalisierung der europäischen Gas- und Strommärkte dar und folgern daraus weitere Verbesserungsmaßnahmen. Doch kommen trotz einer Vielzahl festgestellter Wettbewerbshemmnisse keine Zweifel über den eingeschlagenen Weg der Marktöffnung auf. Vielmehr wird energiepolitische Kohärenz innerhalb der Union gefordert um nationale Interessen, welche die Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes behindern, zu internalisieren und somit zurückzudrängen.

Dies wurde durch die Ergebnisse des Europäischen Rates noch unterstrichen und wird durch die politischen Maßnahmen, die in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes genannt werden, auch in den kommenden Jahren zentrales Thema der Energiepolitik sein. So bekräftigt der Aktionsplan des Rates für die Jahre bis 2009 die Notwendigkeit der Stärkung des Wettbewerbs durch die vollständige Öffnung der Erdgas- und Elektrizitätsmärkte, der Schaffung von investitionsfördernden Rahmenbedingungen sowie der weiteren Entflechtung von Netzbetrieb und Energieversorgung bzw. -erzeugung. Zusätzlich werden weitere Maßnahmen in Richtung Harmonisierung und Integration gefordert, um nationalstaatliche Einflussnahme zurückzudrängen.¹ Doch stellte sich selbst bei diesem Gipfeltreffen der europäischen Regierungsoberhäupter, trotz den Setzen von verbindlichen Zielen im Klimabereich, ein Ringen um Kompromisse in der Energiepolitik als zentrale Herausforderung dar. Dem Austarieren nationaler Positionen wurde dabei vielleicht mehr Rechnung getragen als der Promotion von Energieversorgungssicherheit.

Eben das Ausspielen dieser nationalen Interessen war auch an anderer Stelle seit 2006 ständiges Thema auf der Energieagenda. Mit dem Eingreifen des italienischen Elektrizitätskonzerns Enel in den seit über einem Jahr laufenden Übernahmeversuch des spanischen Energieriesen Endesa durch den deutschen, E.ON, wird die Spannung um nationale Begehrlichkeiten in der

¹ Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 8./9. März 2007 in Brüssel:
www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf

Energiebranche auch in diesem Jahr aufrecht gehalten. Darüber hinaus haben eine Vielzahl anderer gouvernementaler Interventionen in die Energiewirtschaft und die damit verbundenen Debatten das Thema der Abhängigkeit der Energieversorgungssicherheit vom Staatsaktivismus ständig aktuell gehalten, und dadurch den Blickwinkel auf die Energieversorgungssicherheit verschoben.

Aus den Erkenntnissen dieser Ereignisse erwächst für Deutschland die Chance sein Interesse nationaler Energieversorgungssicherheit im richtigen Licht wahrzunehmen. Nämlich im Lichte der Versorgungsunterschiede zu den anderen großen Ländern Europas, um sich verstärkt für die Sicherung des Funktionierens der europäischen Energiemärkte einzusetzen. Die bestehenden Hemmnisse sind dabei zwar größtenteils die durch die Kommission aufgezeigten Defizite bei der Liberalisierung der Energiemärkte. Doch lassen sich diese meist auf das Durchsetzen nationaler Interessen reduzieren; entweder durch fehlende Eingriffe bei vorliegendem Marktversagen oder direkte staatliche Wettbewerbsverzerrungen. Deutschlands Rolle ist jedoch insoweit grundverschieden von den Positionen der anderen großen Mitgliedsländer, weil es als einziges der westeuropäischen Industrieländer kein eigenes Öl- oder Gasunternehmen mit signifikanter Förderung und Zugang zu Förderkapazitäten (im Ausland) besitzt. Die Sicherung ‚nationalen‘ Zugangs zu den Ressourcen von Öl und Gas kann somit nicht über ein eigenes Unternehmen erfolgen – und im Notfall kann auch nicht auf einen Konzern zurückgegriffen werden, der bei Versagen des Marktes die zwischenzeitliche Versorgung des Landes garantieren könnte. Dass Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und die Niederlande (wie auch ihre nicht-europäischen westlichen Partner) ihre großen Gas- und Ölproduzenten weiterhin zu protegieren versuchen sowie deren staatlichen Einfluss aufrechtzuerhalten, ist mehr als ein Indiz für deren Streben, in Sachen Energiesicherheit national vorzusorgen. Deutschlands Energieversorgungssicherheit hingegen ist essentiell abhängig vom Funktionieren des Marktes, sowohl bei Öl als auch bei Gas, die auch und insbesondere im Krisenfall funktionieren müssen. Bei Versor-

gungsausfällen muss nach den Prinzipien des Marktes alloziiert werden – und nicht letztlich nach nationalen.

Staatliche Einflussnahme auf Energiemärkte und -majors

Der Abschlussbericht der Sektoruntersuchung nennt eine Vielzahl von Wettbewerbshemmnissen. Dabei spielen für die deutsche Versorgungssicherheit die Bereiche Marktkonzentration, -integration und Preisbildung die wichtigste Rolle, wohingegen die im Elektrizitätssektor gemachten Feststellungen nur von sekundärer Bedeutung sind, da die hohe Importabhängigkeit der Öl- und Gasversorgung die Hauptrisiken im gesamten Energiesektor darstellen. So wird von der Kommission beispielsweise der hohe Grad der Konzentration im Gasgroßhandelsbereich nationaler Märkte angemahnt, welcher sich durch die vermeintliche Marktliberalisierung nur unzureichend veränderte. Die Ursachen dafür können darin gesehen werden, dass sich die großen Öl- bzw. Gaskonzerne (Majors) auf unterschiedliche Weise dem Wettbewerb entziehen konnten; durch deren Kontrolle der Importe und/oder der Produktion sowie durch mangelnde staatliche Liberalisierungsmaßnahmen und – willen z.B. im Bereich der Versorgungs- und Übertragungsnetze oder im Bereich der politischen Einflussnahme auf die nationalen oder sogar staatseigenen Unternehmen. Diese Entflechtungsversäumnisse, wie auch im Energiepaket angesprochen, verhindern das Funktionieren der Gasmärkte, indem neuen Wettbewerbern der Marktzutritt erschwert, eine europäische Marktintegration dadurch verhindert und Investitionsentscheidungen nicht wettbewerbsfördernd getätigt werden. Der Europäische Rat hat sich in seinem Frühjahrstreffen deshalb für eine weitere Entflechtung auf den Gas- und Strommärkten ausgesprochen.

Das Ausmaß der vertikalen Integration der nationalen Majors steht im Gasbereich einer europäischen Marktintegration verstärkend entgegen. Grenzüberschreitender Wettbewerbsdruck wird dadurch ebenso verhindert wie durch unzureichende Berücksichtigung Dritter im Kapazitätenmanagement. Der Mangel an Wettbewerb im

Gassektor und das daraus resultierende Marktversagen macht sich auch im Bereich der Preisbildung bemerkbar. Dort herrschen im Großhandelssegment weiterhin die Ölpreisbindung sowie im Importbereich Langzeitverträge vor, welche keine Preisbildung durch Angebot und Nachfrage zustande kommen lassen. Verschärfend hinzu kommen staatlich festgelegte Preisregulierungen in Ländern wie Frankreich oder Spanien, wodurch neue Wettbewerber diskriminiert werden; die regulierten Tarife liegen zu meist unterhalb des Marktpreises, was nur durch Ausnutzung von Monopolstrukturen tragbar ist und diese letztlich weiter festigt.

Neben den genannten (indirekten) Wettbewerbsverzerrungen auf den europäischen Gasmärkten, kommt dem direkten Protegieren sowie der staatlichen Beteiligung an „nationalen Champions“ eine besondere Bedeutung im Rahmen der staatlichen Einflussnahme auf den als strategisch angesehenen Bereich Energie zu. Dabei verschiebt sich der Brennpunkt der westeuropäischen Energieversorgungslinse auf Unternehmen, die in der Upstream-Produktion von Öl oder Gas tätig sind. Denn der Besitz und Erwerb von Produktionskapazitäten in ressourcenreichen Förderstaaten wird weiterhin als Garant für Versorgungssicherheit angesehen – insbesondere, wenn der Einfluss des Staates auf das tätige Unternehmen national gewahrt wird.

So waren zumindest in dieser Disziplin unlängst wettbewerbsähnliche Zustände im Ringen um die geschickteste Protektion zu beobachten. Die Staatsmächte aller großen westeuropäischen Länder bemühten sich um die Abschirmung zentraler Energieversorger vor ausländischen Konzernen und legten dabei die selbe Abwehrhaltung gegen außer- wie innereuropäische Offerten bzw. Ankündigungen an den Tag. Seit 2006 hat sich so eine Vielzahl beispielhafter Ereignisse abgespielt:

Als am 22. Februar 2006 der CEO des italienischen Stromriesen Enel äußerte, dieser plane Suez, ein französisch-belgisches Elektrizitäts-, Gas- und Wasserkonglomerat, zu übernehmen, wurden die Staatsapparate Frankreichs und Belgiens umgehend mobilisiert. Fünf Tage später wurde bekannt gegeben, GdF (der staatliche französische Gasmonopolist) und Suez werden fusionie-

ren; unterstützt von den Regierungen Frankreichs und Belgiens. Dazu sollte in Frankreich eigens ein Gesetz, welches diese Fusion nicht zugelassen hätte, geändert werden.

Auf der Gegenseite hatte sich die italienische Regierung das Protegieren ebenso auf die Fahnen geschrieben, als es für die Pläne „seines“ Elektrizitätskonzerns Enel und gegen Frankreichs Abwehrhaltung bei der Europäischen Kommission warb. Die Forderung eines Zusammenschlusses von ENI, dem größten Öl- und Gaskonzern Italiens, und Enel, um selbst einen größeren, nationalen und vor Übernahmen geschützten *player* aufzuweisen wurde daraufhin in der Regierung laut.

Im April 2006 antwortete die britische Regierung auf die Ankündigung Gasproms, den größten britischen Gasversorger Centrica übernehmen zu wollen, mit umgehenden Beratungen, diese Pläne zu verhindern, welche allein schon dieses Resultat sowie russische Verstimmung darüber zu erreichen wussten.

Die oben angesprochene, immer noch aktuelle, Übernahmeschlacht zwischen E.ON und Endesa bzw. der spanischen Regierung, begann ebenfalls im Jahr 2006. Bei der staatlichen Intervention von spanischer Seite wurde kein Hehl aus ihrem Wunsch, Endesa weiter unter spanischer Regentschaft zu sehen, gemacht. Die darauf folgenden, an die Fusion gestellten Auflagen wurden jedoch wegen Unvereinbarkeit mit den Freiheitsrechten der Europäischen Gemeinschaft von der Kommission abgelehnt. Ein Jahr nach der ersten Offerte E.ONs hat die Regierung Zapatero einen neuen Weg gefunden, um den Übernahmekampf zu beeinflussen. Durch die Hilfe der Regierung Prodi, war die 2006 an der Übernahme von Suez gescheiterte Enel zum massiven Einstieg bei Endesa bereit. Jedoch nicht um selbst Endesa zu übernehmen, sondern um die Übernahme durch den deutschen Versorger doch noch abzuwenden. Ein Motiv für das Eingreifen der italienischen Regierung war wohl auch, dass E.ON über Endesas italienische Tochter (dort die #3 im Strommarkt) als ein weiterer ausländischer Großkonzern auf dem italienischen Heimatmarkt Wettbewerb generieren würde – ein ungewünschtes Szenario.

Als weitere Einflussosphäre westeuropäischer Staaten in den Energiebereich sind deren Beteiligungen an ihren Majors anzusehen. Diese sind zwar oft als Überbleibsel von Privatisierungsprozessen entstanden. Aber eine Verringerung der Staatsanteile an den zentralen Energieriesen ist stets ein Akt der Überwindung gewesen, begleitet von politischer Kontroverse. Staaten wie Spanien (Repsol; Endesa), Frankreich (GdF; Elf-Aquitaine, heute im Total Konzern), Italien (Enel; ENI) und Deutschland (E.ON) haben sich dabei jedoch unterschiedlichen Instrumenten bedient, wie beispielsweise goldenen Aktien, um trotz der abnehmenden Stimmrechte eine Sperrminorität im Übernahmefall zu erreichen. Immerhin verlieren die meisten dieser Mittel noch in diesem Jahr ihre Geltung oder wurden bereits EU-konform angepasst, allein wird damit nicht der staatliche Einfluss auf die Energiemajors ein Ende haben. Fast alle nationalen Regierungen bleiben entscheidend an ihren Majors beteiligt, so wie Österreich an OMV (31,5%), Frankreich am Fusionsprodukt GdF/Suez (34%) oder Italien an ENI (20,3%).

Deutschlands ungleiche Ausgangsposition im Energiesicherheitspoker

Zwar beherbergt der deutsche Energiemarkt zwei der größten Energieversorgungsunternehmen Europas (E.ON und RWE), doch sind dies Importeure und Versorger von Gas ohne aber selbst als

Gasproduzenten entscheidend in Erscheinung zu treten. Zwar produzieren die deutschen Unternehmen Wintershall, Wingas und E.ON Ruhrgas auch Öl und Gas im Ausland und besitzen dort Anteile an Ressourcenvorkommen, doch in so insignifikanten Ausmaßen, dass sie international auf diesen Gebieten keine Rolle spielen. Dies ist für Deutschlands westeuropäische Nachbarn deutlich anders (vgl. Tabellen 1 und 2). Warum sollten also Regierungen die Macht ihrer Energieriesen oder ihren Einfluss auf sie verringern, wengleich sie darauf bauen, im Krisenszenario womöglich auf die Kapazitäten ihrer Majors zurückgreifen zu können? Da diese Unternehmen nutzbare Skalenerträge aufweisen sowie besondere Markt- und Verhandlungsmacht besitzen, besteht für deren Regierungen auch ein unverkennbarer Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und nationaler Energiesicherheit. Eben dadurch zeigen Länder wie Frankreich oder Spanien nur unzureichende Bemühungen bei der Öffnung ihrer Energiemärkte. Weil Energiesicherheit im Bewusstsein der Versorgungsrisiken ein gewichtigeres (politisches) Gut darstellt als funktionierende Märkte, welche dafür offensichtlich nicht oder nur sekundär notwendig erscheinen. Zumindest aber stellt der heutige Einfluss auf einen nationalen Alleinversorger für politische Entscheidungsträger einen ungleich höheren Wert für deren Machterhaltung dar als funktionierende Märkte. Funktionierende Märkte sind nicht in der kurzen Frist zu erreichen und aufgrund ihrer wenig anschaulichen Form nur schwierig als politischer Erfolg kommunizierbar; sie sind deshalb auch nur schwer zuträglich für

Tabelle 1: Produktion der Majors von Erdöl und Erdgas

Land	Deutschland	Deutschland	Österreich	Spanien	Italien	Frankreich	Niederlande	GB
Major	RWE Dea	Wintershall	OMV	Repsol YPF	ENI	Total	Shell	BP
Produktion von Erdöl ¹	0,08	0,18	0,18	0,53	1,11	1,62	2,00	2,60
Produktion von Erdgas ²	2,48	7,45	9,93	37,81	36,57	49,60	88,08	87,45

¹ Weltweite Produktion des Majors (2005) in Millionen Barrel pro Tag; ein Barrel entspricht ca. 159 Liter, inklusive Förderlizenzen

² Weltweite Produktion des Majors (2005) in Milliarden Kubikmetern pro Jahr

Quellen: Firmenangaben, Oil and Gas Journal, eigene Berechnungen.

eine Wiederwahl. Der kurzfristige politische Nutzen von staatlichem Protektionismus, die Abwehrung von Liberalisierung und funktionierenden Märkten, ist dadurch höher als der aus der diesbezüglichen Kooperation erwachsende. Anders liegt der Fall für Deutschland. Die richtige Wahrnehmung dieser unterschiedlich gearteten Ansichten ist für Deutschland ebenso entscheidend, wie der Schluss, dass die Ausgangssituationen im Spiel um

Energieversorgungssicherheit kein *level playing field* darstellen, und die potentiellen Strategien unterschiedlicher kaum sein könnten. Der Energiegroßverbraucher Deutschland ist auf ein Funktionieren der Allokationsmechanismen des Marktes angewiesen, da er keinen Konzern aufweist, der seinen Verbrauch nur annähernd decken könnte. Folglich ist er der einzige *big player* der nicht über die dominante Strategie der Nichtkooperation in den Belangen der Liberalisierung verfügt. Sein Weg zur Energieversorgungssicherheit kann nur über einen auch im Krisenfälle funktionierenden Energiemarkt führen. Wohingegen die anderen Spieler das Defektieren der Position der wettbewerblichen Marktöffnung aufgrund ihrer Öl- und Gasmajors erlauben und sogar fördern. Kooperatives Verhalten aller Staaten und Majors hingegen würde die gesamteuropäische Wohlfahrt maximieren. Zwar würden einige Länder zwischenzeitlich eine kurzfristige (Pareto-) Verschlechterung erfahren.

Aber das Gesamtniveau Europas, und langfristig insbesondere auch das der derzeitigen Interventionisten, würde zunehmen. Eine bessere Kalkulierbarkeit von Markteingriffen auf Seiten der Unternehmen würden deren Langzeitplanungen unterstützen sowie ungleich mehr EU-Bürgern als dies heute der Fall ist Energieversorgungssicherheit bieten. Die Fähigkeit der Majors, die Öl- und Gasversorgung im Krisenfall aufrechtzuerhalten, würde dann auf alle Mitgliedländer entsprechend ihren Zahlungsbereitschaften und somit entsprechend volkswirtschaftlicher Nutzenmaximierung verteilt.

Ein wichtiges Kriterium für die aus der Liberalisierung erwachsenden *payoffs* ist die relative Größe der Energiemajors, welche die Fähigkeit bestimmt, die Energieversorgung eines Landes kurzfristig abzusichern. Dieses wird besonders im Verhältnis zum Energieverbrauch der entsprechenden nationalen Märkte ersichtlich (siehe Tabelle 2). Deutschland müsste eine Veränderung der Ausgangspositionen im Spiel um nationale Energieversorgungssicherheit herbeiführen, um damit die anderen großen Nationen zum Strategiewechsel zu bewegen. Doch führen dabei mehrere Wege nach Rom, Paris oder Madrid.

Tabelle 2: Produktionskapazitäten und Reserven der Majors im Vergleich zum Energieendverbrauch der entsprechenden Länder

Land	Spanien	Italien	Österreich	Frankreich	GB	Niederlande
Major	Repsol YPF	ENI	OMV	Total	BP	Shell
Jahresproduktion ¹ / Energieendverbrauch (Öl und Gas) ³	0,89	0,91	1,14	1,21	1,85	4,87
Gesicherte Reserven ² / Energieendverbrauch (Öl und Gas) ³	7,11	10,03	12,61	15,26	23,14	29,41

¹ Kumulierte Jahresproduktion des Majors (2005) an Erdöl und Erdgas

² Kumulierte gesicherte Reserven des Majors (Stand 31.12. 2005) an Erdöl und Erdgas

³ Kumulierter Energieendverbrauch von Erdöl und Erdgas des angegebenen Landes in 2004

Quellen: Firmenangaben, Eurostat, eigene Berechnungen.

Die Notwendigkeit funktionierender Energiemärkte für die deutsche Energieversorgungssicherheit

Die zentralen Gefahren der Energieversorgung lassen sich in wirtschaftliche und physische Risiken aufsplitten. Erstere bezeichnen die Gefährdung durch Preisexplosionen für Öl und Gas, die durch Inflation und Verschlechterung der *terms of trade* volkswirtschaftliche Einbrüche zur Folge haben können – Szenarien, die aus den 1970er Jahren bekannt sind. Diesem wirtschaftlichen Risiko der Energieversorgung sind alle europäischen Länder ausgesetzt – durch die globale Natur des Ölmarktes auch insbesondere ohne die Möglichkeit, hierauf durch Binnenmarkttrichtlinien einzuwirken. Physische Risiken hingegen wie geopolitische Krisen, Produktionseinstellungen oder -engpässe, Naturkatastrophen oder Anschläge, könnten zu direkten Versorgungsunterbrechungen führen.

Darüber hinaus besteht jedoch in beiden Fällen für Deutschland die Gefahr, dass die preismäßige Allokation von Öl und Gas aufgrund staatlicher Interventionen nicht mehr funktioniert. Also dass die Nachfrage deutscher Versorger unabhängig von deren Zahlungsbereitschaft nicht mehr bedient wird, da die Regierungen produzierender Unternehmen eine mögliche Verknappung in den nationalen Märkten aufzufangen suchen, indem sie ihren Einfluss auf die Rohstoffströme zur Geltung bringen; nationale Selbstversorgung hat erste Priorität. Diese, wie auch langfristige wirtschaftliche Risiken wie Unterinvestition, könnten jedoch durch funktionierende Märkte abgemildert werden, wovon Deutschlands Versorgungssicherheit in besonderem Maße profitieren würde. Auch würde Volatilität im Markt verringert, wenn Vertrauen in diesen funktionieren sich durchgesetzt hätte. Daneben sind langfristig Preissenkungen auf den Energiemärkten zu erwarten, die in die selbe Richtung wirken, da aufgrund des in den Energiesektor einziehenden Wettbewerbs Preise verstärkt gemäß marktwirtschaftlichen Regeln gebildet werden.

.. Aber auch die Heimatländer der Majors würden von funktionierenden Märkten in der langen Frist profitieren, weil sich die Risiken wie auch die Potenziale deren Auffangens diversifi-

zieren, auf alle Mitgliedsländer verteilt werden und somit die maximalen Schäden pro Land verringert werden.

Schlussfolgerungen für Deutschland

Wie aufgezeigt wurde, stellt sich der Weg zur Energieversorgungssicherheit Deutschlands nicht ausschließlich durch die meist vernommenen Forderungen nach der Verminderung der Importabhängigkeit, der Diversifizierung von Energieträgern, -quellen und Importrouten oder einer Erhöhung der Energieeffizienz dar. Sondern kann, neben diesen notwendigen Maßnahmen, durch ein verstärktes Hinwirken zur Schaffung und Sicherung des Funktionierens der Energiemärkte, durch umfassende Liberalisierung und Schaffung gemeinsamer Reaktionsmechanismen ein hinreichender Schritt zu diesem zentralen Ziel der Energiepolitik gemacht werden.

Die größte Herausforderung und zugleich einzige Möglichkeit den anderen großen Spielern einen Strategiewechsel aufzuerlegen, wird es sein, die Ausgangsmatrix im Wettlauf um Energiesicherheit insoweit zu verändern, dass sich die nationalen Interessen den gesamteuropäischen annähern. Die Auszahlungen im Fall umfassender Liberalisierung, der den Wettbewerb langfristig vor Staatseingriffen schützt, müssen sich für die potentiell sicheren Länder hin zur Kooperation verschieben.

Ein Weg ist dabei die Beschneidung der Möglichkeit des energiepolitischen Alleingangs durch eine Ausweitung der Befugnisse der Europäischen Union, um den Mitgliedsländern einheitliche und striktere Regeln aufzuerlegen. Doch würde bei diesem Vorgehen unüberwindbarer Widerstand aufgrund oben skizzierter Interessenlagen die Folge sein.

Darüber hinaus müssen Quellen der gemeinsamen Absicherung geschaffen werden, womit die Energieversorgungssicherheit aller Mitgliedsländer promoviert wird. Ergebnis wäre einerseits eine Verringerung der Unterschiede in der Versorgungssicherheit, und andererseits eine absolute Erhöhung dieser. Dieser Effekt würde selbst in den Mitgliedsländern mit eigenem Major zum Tragen, was deren Schritt hin zur Kooperation

erleichtern würde, da eine kurzfristige relative Verschlechterung durch Aufgabe deren Protektion der nationalen Märkte und Unternehmen weniger Gewicht hätte. Dieser Schritt wurde bereits im Jahr 2002 in zwei Richtlinienvorschlägen anvisiert, welche bereits damals die Absicherung der Versorgung mit Erdgas und -öl als erforderlich für das einwandfreie Funktionieren der Energiemärkte ansahen. Der Versuch dieser Interdependenz ausschließlich von der Seite der Vollendung des Energiebinnenmarktes beizukommen, hat wie allen aktuellen Veröffentlichungen der Europäischen Union zu entnehmen, bis dato sein Ziel verfehlt. Doch nur die wenigsten der vorgeschlagenen gemeinsamen Absicherungsmethoden zur Gewährleistung der Erdgasversorgung wurden letztendlich in eine Richtlinie überführt, welche darüber hinaus mögliche Vorgehensweisen zwar nach dem Subsidiaritätsprinzip klärt, aber eindeutig nationale Vorsorge in den Vordergrund stellt. Die den Ölsektor betreffenden Vorschläge fanden damals jedoch keine Annahme, und so konnte sich de facto kein neues Anreizsystem einer Hands-off-Politik im europäischen Energiesektor etablieren.

Abgestimmte Solidarmaßnahmen, eine Harmonisierung nationaler Bevorratungssysteme mit einhergehender Ausweitung bzw. Schaffung nationaler Mindestvorräte und festgeschriebene Reaktionsmechanismen im Gas- wie auch im Ölbereich stellen heute wie damals Wege zum Ausbau der Versorgungssicherheit ganz Europas dar und setzen Impulse weg vom Marktinterventionismus. Die Bevorratung der Energieträger Öl und Gas kann hierbei zwar nicht zum Ziel haben, dass mit den Vorräten gemeinschaftliche Preisstabilisierung betrieben wird. Wohl kann sie der kurzfristigen Versorgungssicherheit im Krisenfall dienen, sowie auch die Beruhigung der Märkte befördern, die das geringere Versorgungsrisiko preislich berücksichtigen werden. Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass der Einfluss der Bundesregierung auf die deutsche Energiebranche nicht in der Lage ist, in ähnlicher Weise wie seine westeuropäischen Pendanten die nationale Energieversorgungssicherheit im Notfall zu gewährleisten. Als deutscher Weg zur Versorgungssicherheit bleibt nur das Funktionieren der europäischen Energiemärkte, indem Vorbehalte

abgebaut und Anreize geschaffen werden, ein gemeinsames Vorgehen gegen Staatseingriffe zu forcieren.

Eine neue Chance dafür bietet der Aktionsplan Energiepolitik der am 9. März vom Europäischen Rat beschlossen wurde. Darin wurden zur Förderung der Versorgungssicherheit die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, gemeinsame Krisenreaktionsmechanismen und eine Überprüfung der Bevorratungsmechanismen bei Erdöl sowie auch eine Analyse der Verfügbarkeit von Erdgasspeichern in der EU hervorgehoben. Doch wie so oft fehlen auch darin Hintertüren und Einschränkungen nicht, wie beispielsweise der Vorrang nationaler Verantwortung gegenüber der Entwicklung gemeinsamer Krisenreaktionsmechanismen. Wenn erreicht wird, diese Vorbehalte nicht zur Anwendung kommen zu lassen, befindet sich die Union auf dem für Deutschland besten Weg zu einer sicheren Energieversorgung.